

Anfrage Frye Urban über was unternimmt der Kanton gegen den wiederaufkommenden Antisemitismus in der Gesellschaft?

eröffnet am 4. Dezember 2023

Am 7. Oktober 2023 überfiel die Terrororganisation Hamas in einer beispiellos menschenverachtenden und brutalen Kommandoaktion israelische Dörfer, massakrierte bestialisch über tausend Kinder, Jugendliche und ganze Familien und entführte über 150 Zivilisten, wobei einige inzwischen ebenfalls ermordet oder wegen ausbleibender medizinischer Versorgung gestorben sind. Dieser Angriff lässt sich durch nichts rechtfertigen. Jedes «Ja, aber» ist zynisch gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen.

Der von der Hamas provozierte neue Krieg in Palästina verursacht unter der palästinensischen und israelischen Zivilbevölkerung immenses Leid.

In vielen europäischen Städten, auch in der Schweiz, werden die hier lebenden Jüdinnen und Juden für den Konflikt und die prekäre Lebenssituation der Menschen im Gazastreifen und im Westjordanland verantwortlich gemacht. Bei Demonstrationen von Aktivisten ertönen jüdenfeindliche Parolen. Schlimmer aber ist der verdeckt aufkeimende Antisemitismus in immer breiteren Kreisen der Gesellschaft sowie am rechten und linken Rand politischer Akteure.

Pausenplätze und Social Media sind reale und virtuelle Plätze, wo antisemitische Äusserungen Gehör finden. Gleichzeitig aber sind es auch Orte, wo Prävention und Aufklärung wirksam sein können. Viele Jugendliche und junge Erwachsene wachsen nicht mehr mit einer innerhalb der Familie gelebten Erinnerungskultur auf, weil die Generation, welche die Zeit des Faschismus und der Holocausts miterlebt hat, weggestorben ist.

Aufgrund zahlreicher Berichte in den Medien über die Zunahme von Antisemitismus auch in Schweizer Städten möchte ich den Regierungsrat in Absprache mit der Israelitischen Religionsgesellschaft bitten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von antisemitischen Äusserungen oder Vorfällen, beispielsweise bei Demonstrationen, im Umfeld von Schulen oder auch im Internet oder auf Social-Media-Kanälen, gepostet von im Kanton Luzern wohnhaften Personen?
2. Laut Medienberichten soll die Polizei zuhanden der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit einer Demonstration einen Bericht über mögliche antisemitische Äusserungen erstellen, damit die Staatsanwaltschaft mögliche strafrechtliche Schritte einleiten kann. Hat der Regierungsrat Kenntnis von diesem Bericht und kann er über dessen Inhalt Auskunft geben?
3. Stehen die kantonalen Behörden oder die Polizei in Kontakt mit Vertretungen jüdischer Glaubensgemeinschaften?

4. Gibt es ein Sicherheitsdispositiv für jüdische Einrichtungen?
5. Steht der Regierungsrat in Kontakt mit den Leitungsgremien der Universität und der Hochschule, um sicherzustellen, dass innerhalb des Lehrbetriebs oder innerhalb der Universität agierender Organisationen keine antisemitischen Äusserungen Platz finden?
6. Kann der Regierungsrat sicherstellen, dass durch die öffentliche Hand alimentierte Organisationen einen Verhaltenscodex einhalten, welcher antisemitische Äusserungen verbietet?
7. Was kann der Regierungsrat unternehmen, dass die Kultur des Erinnerns an den Faschismus und den Holocaust an den Luzerner Schulen im Unterricht einen festen, diesen Verbrechen angemessenen Platz einnimmt?
8. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, zusammen mit den Schulen und den jüdischen Glaubensgemeinschaften eine Organisation aufzubauen, welche den jungen Menschen in Luzern das jüdische Leben näherbringt, etwa mit Schulbesuchen von Jüdinnen und Juden oder mit dem Besuch von jüdischen Glaubenseinrichtungen?
9. Wie schätzt der Regierungsrat generell die zunehmende Intoleranz gegenüber jüdischen Glaubensgemeinschaften ein?
10. Hat er weitere Vorschläge, wie dieser Intoleranz Einhalt geboten werden kann?

Frye Urban